

Stand: 05.05.2026 23:38:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1637

"Berichtsantrag zu Alkoholabhängigkeit"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1637 vom 10.04.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2349 des GP vom 06.05.2014
3. Beschluss des Plenums 17/2436 vom 26.06.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 26.06.2014



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Berichtsantrag zu Alkoholabhängigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über aktuelle Zahlen zur Alkoholkrankheit in Bayern zu berichten.

Dabei ist besonders auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Menschen sind alkoholabhängig?
- Wie verteilt sich die Krankheit zwischen den Geschlechtern?
- Welche Alterseffekte lassen sich erkennen?
- Welche schichtspezifischen Auffälligkeiten bestehen?
- Wie viele Menschen werden wegen Alkoholabhängigkeit in ambulanten und stationären Einrichtungen betreut?
- Welche ambulanten und stationären Therapieangebote gibt es jeweils in den Regierungsbezirken?
- Bestehen im Freistaat Versorgungslücken?
- Wie erfolgreich sind die Behandlungen im ambulanten und stationären Bereich mit welcher Begründung?
- Wie häufig werden Entzugsbehandlungen pro Jahr durchgeführt?
- Wie hoch ist der Anteil an Patientinnen und Patienten, die mehr als eine Therapie aufgrund ihres Alkoholproblems beginnen?
- Wie viele Selbsthilfegruppen gibt es im Freistaat?
- Welche genderspezifischen Auffälligkeiten gibt es?

Begründung:

Aus dem aktuellen „Epidemiologischen Suchtsurvey 2012“ des Instituts für Therapieforschung in München geht hervor, dass circa 1,61 Mio. Erwachsene zwischen 18 und 64 Jahren einen Alkoholmissbrauch erkennen lassen und 1,77 Mio. Bundesbürger als alkoholabhängig gelten. Hierbei haben junge Erwachsene unter 25 die höchsten Werte von Alkoholabhängigkeit und unter 20-jährige von Alkoholmissbrauch. Alkohol in gesundheitlich riskanter Form nehmen etwa 7,4 Mio. Erwachsene zu sich und circa 3,4 Mio. leiden an einer alkoholbedingten Störung.

Eine aktuelle Situationsanalyse für den Freistaat ist Grundlage, um geeignete Handlungsnotwendigkeiten erkennen und einleiten zu können. Besonders die besorgniserregende Manifestation bei jungen Erwachsenen muss gezielter bekämpft werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD**
Drs. 17/1637

Berichts Antrag zu Alkoholabhängigkeit

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatler: **Jürgen Baumgärtner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 6. Mai 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Drs. 17/1637, 17/2349

Berichts Antrag zu Alkoholabhängigkeit

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über aktuelle Zahlen zur Alkoholkrankheit in Bayern zu berichten.

Dabei ist besonders auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Menschen sind alkoholabhängig?
- Wie verteilt sich die Krankheit zwischen den Geschlechtern?
- Welche Alterseffekte lassen sich erkennen?
- Welche schichtspezifischen Auffälligkeiten bestehen?
- Wie viele Menschen werden wegen Alkoholabhängigkeit in ambulanten und stationären Einrichtungen betreut?
- Welche ambulanten und stationären Therapieangebote gibt es jeweils in den Regierungsbezirken?
- Bestehen im Freistaat Versorgungslücken?
- Wie erfolgreich sind die Behandlungen im ambulanten und stationären Bereich mit welcher Begründung?
- Wie häufig werden Entzugsbehandlungen pro Jahr durchgeführt?
- Wie hoch ist der Anteil an Patientinnen und Patienten, die mehr als eine Therapie aufgrund ihres Alkoholproblems beginnen?
- Wie viele Selbsthilfegruppen gibt es im Freistaat?
- Welche genderspezifischen Auffälligkeiten gibt es?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
 Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Olympischen Spiele und der Paralympics – Bessere Rahmenbedingungen für den Hochleistungs- und Spitzensport schaffen
 Drs. 17/1215, 17/2313 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Flexibilisierung Biogasanlagen
 Drs. 17/1462, 17/2348 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zu Alkoholabhängigkeit
Drs. 17/1637, 17/2349 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

4. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Aussetzung der 5-Tage-Regel (§ 17 AV BayKiBiG) in der Kinderbildung und -betreuung
Drs. 17/640, 17/2299

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verantwortlichkeit der Staatsregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Labor-Affäre und Verdacht unrichtiger Beantwortung Schriftlicher Anfragen umgehend aufklären!
Drs. 17/2016, 17/2173

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat